

Politischer Jahresbericht

Mittlerer Osten / Beirut, 2005/2006



Beirut

Regionalbüro Mittlerer Osten Beirut, Juli 2005-Juli 2006

Kirsten Maas

Heinrich-Böll-Stiftung
Regionalbüro Mittlerer Osten
266, Rue Gouraud, Gemmayzeh, Beirut
Postadresse: Heinrich Böll Foundation, Middle East Office
P.O. Box 175510
Gemmayzeh, Beirut
Leitung: Kirsten Maas
Fon: +961-1-56 29 26
Fon/Fax: +961-1-56 29 78
E-Mail: boell@terra.net.lb
Homepage: <http://www.boell-meo.org/>

Inhalt

Zusammenfassung.....	2
1. Zentrale Entwicklungen in der Region / Regionale Themen.....	3
2. Libanon.....	5
3. Syrien.....	6
4. Irak.....	9
Ausblick	10

Zusammenfassung

Hoffnungen auf rasche und substantielle Fortschritte in der Demokratisierung der Region, die vor allem mit der „Broader Middle East Initiative“ der USA, dem Aufbau demokratischer Strukturen im Irak und der libanesischen Demokratiebewegung verbunden wurden, haben im Berichtszeitraum einen erheblichen Dämpfer erlitten. Verhaltene Ansätze einer demokratischen Öffnung, wie sie etwa in Ägypten, Jordanien, Kuwait oder Saudi-Arabien erkennbar waren, haben die autoritäre Struktur dieser Regime nicht substantiell verändert. Der anfängliche Druck zur Demokratisierung, der vor allem von Seiten der USA auf nahöstliche Partner ausgeübt wurde, nahm in dem Maße ab, in dem klar wurde, dass demokratische Wahlen voraussichtlich in weiten Teilen der Region islamistisch ausgerichtete Parteien an die Macht bringen würden. Der Boykott der westlichen Gemeinschaft gegen die in unbestritten demokratischer Manier gewählte, von der Hamas gestellte palästinensische Regierung hat Kritiker des westlichen „Demokratieexports“ in dem Verdacht bestärkt, Demokratie werde nur dort und nur in dem Ausmaße gewünscht, wo sie verlässlich pro-westliche Regime hervorbringe bzw. bestätige.

Die Entwicklungen im Irak haben auf dramatische Weise die potentiell katastrophalen Folgen einer auf Demokratie gerichteten Transformation aufgezeigt, die unter Einsatz militärischer Gewalt und ohne ausreichende Kenntnis der sozialen Strukturen erfolgt. Irak dient heute auch all jenen Machthabern der Region als Paradebeispiel, die westliche Forderungen nach demokratischer Transformation abzuwehren suchen.

Libanon schließlich ist ein Beispiel für die Schwierigkeiten, die sich selbst bei einer durch eine Mobilisierung breiter Bevölkerungsschichten (nach osteuropäischem Vorbild) bewirkten demokratischen Öffnung ergeben, wenn zugleich substantielle Konflikte innerhalb der Gesellschaft nicht gelöst werden können. Nachdem grundsätzlich gegensätzliche Auffassungen über das Verhältnis zu Israel, Syrien und der westlichen Staatengemeinschaft, vor allem aber die Nicht-Durchsetzbarkeit der Entmilitarisierung der Hisbollah, über einen Zeitraum von einem Jahr zu einer weitgehenden Lähmung des politischen Systems führte, ist das Land aktuell in einer kriegerischen Auseinandersetzung gefangen, die die Aufbauleistung der Nachkriegsjahre nachhaltig bedroht.

Westlichen Reforminitiativen wird mit Verweis auf die nach Ansicht der großen Mehrheit der Bevölkerung unausgewogene Haltung der westlichen Staatengemeinschaft in diesem Konflikt die Glaubwürdigkeit abgesprochen. Dabei hat das traditionell positivere Bild Europas in der Region durch den eskalierten Karikaturen-Streit erheblichen Schaden erlitten.

Konflikte zwischen religiös/ethnisch definierten Minderheiten und Mehrheiten nehmen zu – vor allem zwischen Sunniten und Schiiten. Sie sind besonders dort gefährlich, wo sie drohen, auf Nachbarländer überzugreifen, in denen rivalisierenden Gruppen ebenfalls vertreten sind. Diese Gefahr besteht in allen drei Berichtsländern und hat 2006 zugenommen.

1. Zentrale Entwicklungen des vergangenen Jahres in der Region / Regionale Themen

a. Die Region und Europa: Karikaturen-Streit, Islamophobie und die Folgen

Das traditionell positive Bild Europas in der Region (besonders im Kontrast zur Nahostpolitik der USA) hat durch den im Februar 2006 eskalierten Streit über in europäischen Medien veröffentlichten, als blasphemisch und anti-islamisch wahrgenommenen Karikaturen erheblichen Schaden erlitten. Demonstrationen in Beirut, Damaskus, Teheran und Tripolis endeten in Ausschreitungen und Attacken auf ausländische Botschaften. Die Umstände legen jedoch nahe, dass diese gewaltsamen Ausschreitungen zumindest teilweise durch politische Gruppen oder sogar die herrschenden Regime aus vornehmlich innenpolitischem Kalkül ermutigt oder gar inszeniert wurden.¹ Zahlreiche arabische Intellektuelle kritisierten, dass in vielen Fällen die vorhandene öffentliche Erregung „von diktatorischen Regimes ausgenutzt wurde, die froh sind, sich hinter islamischen Slogans verstecken zu können“² um so vom eigenen Versagen auf anderer Ebene abzulenken; und dass die Erregung von islamistischen Gruppierungen geschürt wurde, die solche Konflikte zu verstärkter Mobilisierung für ihre militante Agenda ausnutzen.³

Derartiger Missbrauch fällt nicht schwer in einem Umfeld, in dem eine deutliche Mehrheit der Bürger den Eindruck gewonnen hat, dass westliche Staaten und Gesellschaften dem Islam und den Muslimen zunehmend mit kollektiver Feindseligkeit begegnen. Solche islamfeindliche Tendenzen werden besonders seit den Anschlägen vom 11. September 2001 wahrgenommen, sei es als Individuen im Umgang mit den Institutionen westlicher Staaten (wie etwa Botschaften, Einwanderungs- und Ausländerbehörden), in der Beobachtung politischer Ereignisse (Irak, Palästina) oder in Äußerungen westlicher Persönlichkeiten und Medien. Entsprechend sah etwa ein Manifest arabischer Akademiker, das unter der Überschrift „Verteidigt die Aufklärung“ zur Versachlichung der Debatte aufrief, die Gründe für den Gewaltausbruch in dem „Empfinden vieler Muslime, dass sie von den westlichen Mächten nicht nur ökonomisch ausgebeutet und politisch herumgestoßen, sondern nun auch noch in ihrer Kultur gedemütigt werden.“⁴

Viele Autoren und Medien weisen auf verstärkte islamophobe Tendenzen in Teilen der westlichen Öffentlichkeit hin und benennen als Ursache solcher Haltungen neben den Anschlägen vom 11. September 2001 auch die Furcht vor verstärkter Migration aus islamischen Ländern sowie die Schwierigkeiten bei der Integration muslimischer

Minderheiten in Europa, wie sie etwa in der Ermordung des holländischen Filmemachers Theo van Gogh oder in den Ausschreitungen in den Vorstädten von Paris zum Ausdruck kam. „The tension is easy to explain. Europe has failed to integrate its ethnic minorities in a meaningful manner.“⁵

Weitergehende Analysen weisen auch auf die lange europäisch-christliche Tradition anti-islamischer Haltungen hin, und führen etwa den Widerstand gegen eine mögliche EU-Aufnahme der Türkei als Beleg für eine irrationale und nur vor dem Hintergrund historisch erzeugter Feindbilder erklärbare europäische Furcht vor schleichen-der Islamisierung.⁶

Die disproportional heftige Reaktion vieler Muslime ist diesen Lesarten zufolge nur im Kontext einer solchen Wahrnehmung von Ablehnung und Stigmatisierung verständlich; ebenso wie der Abdruck und der ostentative Nachdruck der umstrittenen Karikaturen in Medien erfolgte, die generell islamkritische Positionen und eine restriktive Einwanderungspolitik vertreten. Umgekehrt fordert etwa der als Vertreter eines selbstbewussten „Euro-Islams“ bekannt gewordene Kultur- und Islamwissenschaftler Tarek Ramadan europäische Muslime auf, die fraglichen Publikationen im Kontext der bis in die Zeiten Voltaires zurückreichenden europäischen Tradition religionskritischer Diskurse zu sehen, die nicht per se und allein gegen den Islam gerichtet seien. Besonders in Europa lebende Muslime sollten mehr Gelassenheit zeigen: „Wenn Muslime in einem solchen Umfeld leben, sollten sie mit Bedacht und nicht emotional reagieren. Wir sollten an unseren islamischen Überzeugungen festhalten und zugleich genug Verstand besitzen, nicht auf Provokationen einzugehen.“⁷

Zugleich markiert der Karikaturenstreit einen der ersten Fälle, in dem die muslimische Minderheit eines europäischen Landes in einem Konflikt mit der nicht-muslimischen Mehrheit Unterstützung in der islamischen Welt suchte und damit eine Solidarisierung und Mobilisierung muslimischer Bürger in weiten Teilen Europas erreichte.⁸ Während sich so zum einen muslimische Bevölkerungen innerhalb der europäischen Staaten im Prozess einer maßgeblich durch die Ereignisse im Nahen Osten geprägten Politisierung befinden, werden andererseits die bei der Integration dieser Minderheiten auftretenden Konflikte unter den Bedingungen der globalen Mediengesellschaft internationalisiert.

Ebenso wird der soziale Konsens über die Spielregeln des demokratischen Diskurses – hier die Abwägung von Meinungsfreiheit und

¹ Siehe dazu auch: [Kirsten Maas und Heiko Wimmen](http://www.boell.de/de/05_world/4015.html): Karikaturenstreit und Botschaftsbrände in Syrien und Libanon; http://www.boell.de/de/05_world/4015.html

² Khaled Hroub, Ash-Sharq 15/02/06

³ Al-Sadiq Al-Mehdi, Sharq Al-Awsat 06/02/06

⁴ <http://www.w4report.com/node/1568#comment-15138>

⁵ Salama A. Salama, Al-Ahram Weekly 781, 09-15/02 (<http://weekly.ahram.org.eg/2006/781/op4.htm>)

⁶ Ali Mohsen Hamid (früherer Leiter der Vertretung der Arabischen Liga in Großbritannien), Al-Hayat, 16/02)

⁷ Ash-Sharq Al-Awsat, 06/02.

⁸ Eine Delegation dänischer Muslime legte auf einer Reise durch die Region religiösen Würdenträgern Belege für die „fortgesetzte Beleidigung des Islam und der Muslime“ vor, nachdem juristische Schritte in Dänemark erfolglos geblieben waren.

dem Schutz religiösen Empfindens – nicht mehr allein innerhalb der Grenzen der Nationalstaaten oder der „westlichen Wertegemeinschaft“ formuliert. Interkultureller Dialog steht so vor neuen Herausforderungen, die in der Region des Nahen Ostens zusätzlich durch die Verschärfung lang anhaltender ungelöster Konflikte verkompliziert werden. Der Karikaturenstreit hat diesem Dialog zwar keinen irreparablen Schaden zugefügt, weist aber auf das erhebliche Potential an Missverständnissen und beiderseitigen Fehleinschätzungen hin, das es zu überwinden gilt.

b. Minderheiten und Mehrheiten als Sprengsatz der politischen Ordnungen

Die eskalierende Gewalt zwischen schiitisch- und sunnitisch-arabischen Irakern hat während des vergangenen Jahres drastisch gezeigt, in welchem Ausmaße ungelöste Konflikte zwischen religiös definierten Minderheiten und Mehrheiten die Stabilität der Staaten in der Region bedrohen. Während in einigen Staaten auch ethnisch definierte Konflikte eine Quelle der Instabilität bilden (Kurden im Irak und Syrien, die arabische Minderheit in Iran, im Sudan, wo sich ethnische und religiöse Konflikte überschneiden) erscheint zum gegenwärtigen Zeitpunkt der schiitisch-sunnitische Konflikt als bedeutendster.

In zwei Staaten der Region (Irak und Libanon) besteht die akute Gefahr, dass diese Konflikte zum Auslöser eines Bürgerkrieges werden könnten. In einer Reihe anderer Staaten ist es bereits in der Vergangenheit zu interkonfessioneller Gewalt gekommen bzw. muss im Falle einer Verschiebung der Machtverhältnisse ein Ausbruch solcher Gewalt befürchtet werden (Saudi-Arabien, Syrien, Bahrain, Yemen). Arabische Staatschefs wie König Hussein von Jordanien und Präsident Mubarak von Ägypten (beide Oberhäupter von Staaten ohne nennenswerte schiitische Bevölkerungsanteile) haben durch Warnungen vor „einem schiitischen Halbmond von Iran über Irak und Syrien bis in den Libanon“ und Kritik an arabischen „Schiiten, die mehr Loyalität zu Iran zeigen als zu ihren eigenen Heimatländern“ Öl ins Feuer dieser Konflikte gegossen.

Der religiöse verbindet sich hier mit dem ethnisch-nationalistisch definierten Gegensatz zwischen Iranern und Arabern. Der schiitische libanesische Intellektuelle und Leiter der „Iraq Foundation“ Hassan Mneimneh sieht darin den Ausdruck einer grundsätzlichen Krise der politischen Kultur in der Region: *„Die Wahrnehmung der Mehrheit ist, dass „die Perser“ auf dem Vormarsch und die arabische Schiiten ihre Verbündeten sind, deren Loyalität damit in Zweifel gezogen wird. (...) Loyalität wird zu einer Funktion der Herkunft: Wirkliche Loyalität wird nur sunnitischen Arabern zugetraut; wer aus der Kategorie „Araber“ heraus fällt – wie etwa in Darfur oder Kurdistan – wird verdächtig. Das gleiche gilt für diejenigen, die nicht der Kategorie „sunnitisch“ genügen – Schiiten oder Christen.“*⁹

Besonders deutlich wurden diese Gegensätze in der Zuspitzung der Krise um das iranische Atomprogramm. Die explizit anti-

amerikanische und anti-israelische Rhetorik der iranischen Führung sowie die explizite moralische und materielle Unterstützung Teherans für die von der Hamas gestellte und international isolierte palästinensische Regierung erzeugten ein nur verhaltenes Echo in solchen arabischen Medien, die oft selbst vergleichbare Positionen propagieren, an dieser Stelle jedoch oft nationalistisch und/oder ethnisch begründetes Misstrauen hinsichtlich der Intentionen Irans über die Gemeinsamkeiten stellen. *„Iran betreibt die Urananreicherung nicht zu friedlichen Zwecken, sondern weil es eine Führungsrolle und die Hegemonie in der Region anstrebt.“*¹⁰ Einige besonders eindringliche Warner vor der „schiitisch-persischen Gefahr“ sehen sogar internationalen Schutz bis hin zum Anstreben einer NATO-Mitgliedschaft als einzige verlässliche Protektion für die Golfstaaten und ziehen Parallelen zur Situation des Baltikums in den Neunziger Jahren.¹¹

Nur eine kleine Minderheit in der arabischen Welt vertritt öffentlich die Ansicht, dass ein gestärkter und möglicherweise sogar nuklear bewaffneter Iran „einen historischen Wendepunkt zugunsten des Islam, der Muslime und der Araber“ darstellen könnte. (Anis Naqqash, Leiter des „Aman - Netzwerkes für Strategische Studien“, Beirut). Naqqash zufolge besitzt Iran das Potential, das strategische Gleichgewicht in der Region zu verschieben und so die USA und Israel dazu zu zwingen, den Positionen und Forderungen der arabischen und islamischen Staaten mehr Gewicht einzuräumen.¹² Umfragen arabischer wie amerikanischer Meinungsforscher deuten darauf hin, dass solche Einschätzungen möglicherweise mehr Unterstützung genießen als angesichts des öffentlichen Diskurses zu vermuten wäre.¹³ Politische Diskussionen in informeller Atmosphäre legen nahe, dass viele politisch interessierte Individuen innerlich in dieser Frage gespalten sind und dass die weitere Entwicklung der regionalen Konflikte (Irak, Palästina) entscheidend bestimmen wird, in welchem Ausmaße die Forderung nach „Solidarität gegenüber dem gemeinsamen Feind“ (Israel, USA) die Oberhand über das Misstrauen gegenüber dem ethnisch/konfessionellen „Anderen“ (Iran, Schiiten) gewinnen kann.

Bedrohlich und als Quelle potentiell lang anhaltender Instabilität oder gar gewaltsamer Konflikte erscheint diese Polarisierung schließlich, wo Konflikte zwischen Minderheiten und Mehrheiten den politischen Status Quo grundsätzlich in Frage stellen und die rivalisierenden Camps Zuflucht bei auswärtigen politischen Akteuren nehmen, oder wo akute Konflikte zwischen religiös/ethnisch definierten Minderheiten und Mehrheiten auf Nachbarländer übergreifen, in denen jene rivalisierenden Gruppen ebenfalls vertreten sind. Diese Gefahr besteht in allen drei Berichtsländern und hat im vergangenen Jahr erkennbar zugenommen.

⁹ Al-Hayat, 16/04/06.

¹⁰ Ash-Sharq Al-Awsat, 09/05/06

¹¹ Atef Abdelhamid, aljazeera.net, 27/04/06

¹² Al-Jazira, 29/04

¹³ <http://www.csmonitor.com/2006/0621/p06s01-wome.html>

2. Libanon: Enthusiasmus, Dauerpatt und Krieg

Bereits vor dem neuen Ausbruch der Gewalt zwischen Israel und dem Libanon (siehe unten) war vom Enthusiasmus der „Zedernrevolution“ des Jahres 2005 wenig übrig geblieben und waren die Hoffnungen, der Libanon könne als eine „Lokomotive der Demokratie“ für die Region funktionieren, in weit verbreitete Ernüchterung umgeschlagen.

Zwar gelang es den Kräften der libanesischen Opposition, die im März 2005 durch eine beeindruckende Massenmobilisierung den Rückzug Syriens erzwungen hatten, bei den Wahlen im Mai/Juni eine deutliche Mehrheit im Parlament zu erringen. Bereits im Vorfeld der Wahlen war jedoch die besonders in den christlichen Gebieten nordöstlich von Beirut stark vertretene „Freie Patriotische Bewegung“ von General Michel Aoun aus der Oppositionsfront ausgeschert. Im Verlaufe des Jahres 2005 verschärften sich die Gegensätze zwischen der Aoun-Partei und der Regierung von Premierminister Fuad Seniora zunehmend; im Dezember kam es schließlich zu einem Aufsehen erregenden Treffen zwischen Aoun und dem Generalsekretär der Hisbollah Hassan Nasrallah, in dessen Folge die beiden Gruppierungen ein „Memorandum of Understanding“ erarbeiteten und faktisch ein politisches Bündnis eingingen. Auf der anderen Seite erzielten die schiitischen Parteien Hisbollah und Amal in den schiitisch dominierten Landesteilen eindeutige Wahlerfolge und sind so ebenfalls mit einem starken Block im Parlament vertreten.

Im Ergebnis stehen sich damit im Libanon seit Sommer 2005 zwei nahezu gleich starke politische Lager gegenüber, deren zentraler Gegensatz – die Position Libanons im Nahostkonflikt und gegenüber Israel – kaum überbrückbar scheint:

Die parlamentarische Mehrheit (bestehend aus der sunnitischen „Future-Bewegung“ der Hariri-Familie, der „sozialistischen“ Partei von Drusenführer Walid Jumblat, den christlichen „Lebanese Forces“ unter Führung von Samir Geagea und der von der Gemayel-Familie geführten „Phalange“) ist bestrebt, den Libanon endgültig aus dem syrischen Orbit zu befreien und eine weitere Verwicklung in regionale Konflikte zu vermeiden. Mit diesem Ziel drängt sie auf eine vollständige Implementierung der UNSCR - Resolution 1559, insbesondere auf die Entwaffnung der palästinensischen Gruppen im Libanon: sie sucht nach einer politischen und legalen Formel, um die Waffen der Hisbollah unter die Kontrolle der Regierung zu bringen, verlangt eine klare Anerkennung der staatlichen Unabhängigkeit Libanons durch Syrien (durch Botschafteraustausch und Demarkation der Grenzen), bemüht sich, die Institutionen von Parteigängern des pro-syrischen Ancien Regimes zu säubern und will verbleibende Konflikte mit Israel diplomatisch lösen. Sie wird in diesen Forderungen erkennbar durch die USA und Frankreich unterstützt, nicht zuletzt durch zahllose publikumswirksame Auftritte der Botschafter beider Länder auf der lokalen politischen Bühne; die Beziehungen mit Syrien hingegen sind eisig bis offen feindselig.

Die Minderheit (die schiitischen Parteien Hisbollah und Amal sowie eine Reihe linker und nationalistischer Parteien mit christlicher und sunnitischer Mitgliedschaft) dagegen sieht oberste Priorität in der Fortsetzung der Konfrontation mit Israel und der Auseinandersetzung mit der „US-amerikanischen Hegemonie über die Region“. Sie

beschuldigt die Regierungsseite, mit der Implementierung von UNSCR 1559 eine „amerikanische Agenda“ zu verfolgen und verurteilt die intensiven Aktivitäten westlicher Botschafter als „flagrante Einmischung in die inneren Angelegenheiten Libanons“ und „neues Protektorat“. Der Fortbestand des bewaffneten „Widerstandes“ unter Führung von Hisbollah sei das einzig wirksame Mittel der Abschreckung gegenüber Israel, das nach dieser Ansicht weiterhin den Libanon bedroht. Diese Position räumt ein, dass es vor 2005 „Unzulänglichkeiten“ im syrisch-libanesischen Verhältnis gegeben habe; dennoch bleibe Syrien ein „Bruderstaat“ und ein strategischer Partner, Israel dagegen „der Feind“. Im Kontrast dazu vermeidet die christliche „Freie Patriotische Bewegung“ von Michel Aoun allzu eindeutige Festlegungen zu den Themen „Widerstand“ und Israel und konzentriert sich stattdessen in ihrer Kritik auf Korruption und Klientelismus innerhalb des Regierungslagers.

Die politische Struktur des Libanon, eine auf Ausgleich zwischen einer Vielzahl von konfessionellen Gruppen ausgerichtete Konkordanzdemokratie, bewirkt jedoch, dass das Land praktisch nur regierbar ist, solange ein grundsätzlicher Konsens zwischen den größten der insgesamt 18 Religionsgemeinschaften hergestellt werden kann. Entsprechend sind libanesischen Regierungen oft aus einer Vielzahl politisch gegensätzlicher Gruppierungen zusammengesetzt (wie etwa das gegenwärtige Kabinett, in dem neben der Mehrheits- auch die Minderheitsposition – Hisbollah und Amal - vertreten ist). Grundsätzliche und nicht überbrückbare Konflikte über vitale Fragen und Prioritäten der Politik führen dagegen meist zu einem lang anhaltenden politischen Patt und zur Lähmung weiter Teile des politischen Systems, insbesondere wenn sich die gegensätzlichen Positionen zumindest teilweise mit den konfessionellen Gegensätzen im Land überschneiden. Dies war zwischen Juli 2005 und Juli 2006 der Fall. Auch der im Mai 2006 eingeleitete „Nationale Dialog“ der wichtigsten politischen Akteure – in sich bereits ein klares Eingeständnis, dass die verfassungsgemäßen Organe der libanesischen Demokratie nicht mehr funktionsfähig waren – konnte diese Situation nicht grundsätzlich lösen.

Krieg kehrt in den Libanon zurück

Die Tötung von acht und die Entführung von zwei israelischen Soldaten durch Angehörige der Hisbollah am 12. Juli 2006 hat die schärfste Eskalation zwischen dem Libanon und Israel seit der israelischen Invasion im Jahre 1982 eingeleitet. Israelische Angriffe zielten zunächst vor allem auf Straßenbrücken und andere Infrastruktureinrichtungen im Südlibanon, weiteten sich jedoch rasch aus. Bereits am 13. Juli führte wiederholter Beschuss zur Schließung des internationalen Flughafens von Beirut; weitere Angriffe auf Straßen- und Brückenverbindungen zerstörten weite Teile des Transportsystems und bewirkten eine nahezu vollständige Blockade des Landes. Täglich stieg die Zahl der überwiegend zivilen Opfer israelischer Bombenangriffe.

Im Gegenzug feuerte die Hisbollah hunderte von Katjusha-Raketen auf den Norden Israels ab, wobei derzeit täglich Menschen zu Tode kommen und verletzt werden. Am Abend des 13. Juli begann Israel mit der Bombardierung der südlichen Vorstädte Beiruts, die in Teilen schon nach Tagen dem Erdboden gleich gemacht wurden. Am 15. Juli schließlich schlugen Raketen der Hisbollah (vermutlich Fajr-

Raketen aus iranischer Produktion) im Hafen von Haifa ein und töteten acht Menschen. In der Folge konzentrierten sich die israelischen Angriffe vor allem auf den schiitisch bewohnten Süden von Beirut sowie den ebenfalls mehrheitlich schiitischen Südlibanon, wo die Anzahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung dramatisch steigt, während die Angriffe der Hisbollah in einem Radius von bis zu 50 Kilometern südlich der Grenze Angst und Schrecken verbreiten.

Die Ziele israelischer Angriffe erstrecken sich auf das gesamte Land. Weiter ist jedoch der Süden das Zentrum der Offensive und von dort fliehen bereits seit Beginn des Krieges, aber vor allem seit Israel seine Bodentruppen einzusetzen droht und zur Evakuierung des gesamten Südens aufgefordert hat, tausende von Menschen. Ungefähr 750.000 Menschen sind nach Angaben der Vereinten Nationen mittlerweile IDP (Internally Displaced Persons), auf der Flucht: rund ein Viertel der Gesamtbevölkerung. Die humanitäre Katastrophe nimmt ihren Lauf, auch weil zwar mittlerweile eine Versorgung von Zypern ins Land eingerichtet ist, man jedoch Hilfsgüter nicht dorthin transportieren kann, wo sie gebraucht werden: in den Süden.

Die libanesische Regierung unter Ministerpräsident Fuad Seniora, der auch die Hisbollah mit zwei Ministern und 13 Parlamentsabgeordneten angehört, ist durch die Entwicklung in eine nahezu aussichtslose Zwangslage geraten. In einer Ansprache am 15. Juli forderte Seniora, die „Entscheidung über Krieg und Frieden“ müsse ein Vorrecht der Regierung sein und könne nicht von einer politischen Fraktion – gemeint war offensichtlich Hisbollah – usurpiert werden. Seniora forderte die internationale Gemeinschaft auf, einen Waffenstillstand zu erwirken. In Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen solle dann die Autorität des Staates auf den Süden ausgedehnt werden. Damit hat die libanesische Regierung positiv auf eine der von Israel gestellten Bedingungen für einen Waffenstillstand reagiert. Sie wiederholte damit jedoch letztlich nur eine Forderung, an deren Durchsetzung sie bereits seit ihrem Amtsantritt vor einem Jahr trotz aller Versuche konstant gescheitert ist.

Es bleibt unklar, wie eine solche Lösung (die implizit eine weitgehende Entmilitarisierung der Hisbollah voraussetzt) nun ohne die Zustimmung der Hisbollah erreicht werden soll. Die große Mehrheit der Beobachter stimmt darin überein, dass dies nicht durch direkten staatlichen Zwang – etwa den Einsatz der Armee – bewirkt werden kann. Da sowohl die Mehrheit der Armee wie auch der Bevölkerung der fraglichen Gebiete aus Schiiten besteht, wäre vielmehr für diesen Fall mit einem Auseinanderbrechen der Armee, schlimmstenfalls mit einem neuen Bürgerkrieg zu rechnen. Durch das extreme Ausmaß der israelischen Angriffe steht die Regierung nun zusätzlich unter Druck, „nationale Solidarität“ gegen den „Angreifer“ zu üben. Es bleibt fraglich, wie lange dieser politische Spagat durchgehalten werden kann.

Auch wenn eine Ausweitung der Krise zu einem regionalen Konflikt – etwa durch Einbeziehung Syriens und des Iran, die allgemein als Sponsoren der Hisbollah angesehen werden – nach Aussagen aus Tel Aviv, Damaskus und Teheran zunächst nicht zu befürchten ist: es ist nicht erkennbar, wie die gegenwärtige Krise und damit das Leiden und Sterben vornehmlich der libanesischen, aber auch der israelischen Zivilbevölkerung ohne Intervention der internationalen Gemeinschaft beendet werden kann.

Eine Erfüllung der Forderungen Israels – vollständige Entwaffnung und Verdrängung der Hisbollah aus dem Grenzgebiet – wäre wohl (wenn überhaupt) nur durch eine ganz erhebliche Steigerung der Gewaltanwendung (mit entsprechend vielen (zivilen) Opfern auf beiden Seiten) bis hin zu einer erneuten Besetzung des Südlibanon und/oder einer vollständigen Vertreibung der dortigen Bevölkerung erreichbar. Erste israelische Versuche, Hisbollah-Basen durch Bodentruppen auszuschalten, blieben erfolglos und wecken den Eindruck, dass eine substantielle Offensive am Boden gegen die mit zwanzig Jahren Erfahrung ausgestattete Guerillatruppe zu erheblichen Verlusten an Mensch und Material führen wird.

Doch auch im Falle einer Besetzung weiter Teile des Südlibanon – nach israelischen Angaben besitzt Hisbollah Raketen mit wenigstens 100 Kilometern Reichweite – bleibt die Frage, wie eine Widerstandsbewegung wirksam unterdrückt werden kann, die von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung in den besetzten Gebieten vorbehaltlos unterstützt wird.

Umgekehrt steht die israelische Regierung unter dem (teilweise von ihr selbst erzeugten) Druck der eigenen Bevölkerung, eine Rückkehr zum *Status Quo Ante* in keinem Falle zuzulassen. Eine Kompromisslösung wird entsprechend in dem Maße Erfolg versprechen, wie sie allen Beteiligten erlaubt, zumindest formell ihr Gesicht zu wahren. Ohne Zugeständnisse auch an die Hisbollah ist nur schwer vorstellbar, wie eine solche Lösung erreicht werden soll.

3. Syrien: Der lange Atem des Totalitarismus

In Folge der Ermordung des ehemaligen libanesischen Ministerpräsidenten Rafik El-Hariri im Februar 2005 richtete sich zunächst der Verdacht auf die syrischen Geheimdienste sowie pro-syrische libanesische Kräfte. Erste Ergebnisse der durch [UNSC Resolution 1595](#) etablierten „Unabhängigen Internationalen Untersuchungskommission“ (United Nations International Independent Investigation Commission, UNIIC) unter Leitung des deutschen Ermittlers Detlef Mehlis schienen eine Verwicklung prominenter Persönlichkeiten aus dem engsten Umkreis des syrischen Präsidenten nahe zu legen und erhöhten den internationalen Druck auf das Regime. Erst nach langem diplomatischem Tauziehen willigte das syrische Regime schließlich ein, mit der Untersuchungskommission zu kooperieren. Trotzdem konnte jedoch bislang kein eindeutiger Beweis für eine Verwicklung Syriens in das Attentat oder über die Identität der Drahtzieher erbracht werden.

Vertreter des syrischen Regimes und pro-syrische Gruppierungen im Libanon (Hisbollah und arabisch-nationalistische Kräfte) sehen sich so in ihrer Wahrnehmung bestätigt, wonach die Ermittlungen zumindest in der Anfangsphase von politischen Erwägungen gelenkt wurden: „Die laufenden Ermittlungen sollen nicht die Wahrheit he-

rausfinden, sondern zielen darauf ab, Syrien einzukreisen und Syriens nationale und patriotische Positionen zu schwächen“, fasste etwa die staatliche syrische Nachrichtenagentur SANA die offizielle Position Anfang Dezember 2005 zusammen.

Vertreter solcher Positionen weisen auf die erheblichen politischen Nachteile hin, die Syrien im Gefolge der Hariri-Ermordung erlitten habe und betonen, dass diese Entwicklung vor allem den Interessen Israels und der USA förderlich sei. Implizit wird so die Vermutung bzw. ‚Verschwörungstheorie‘ nahe gelegt, ein israelisch-US-amerikanisches Komplott habe Hariri mit der Absicht ermordet, Syrien zu isolieren und einen „regime change“ nach irakischem Muster zu legitimieren. Während offizielle syrische Stellen zumeist darauf verzichten, solche Thesen offen auszusprechen, genießen sie in der Bevölkerung weit reichende Glaubwürdigkeit. Lediglich ein sehr beschränkter Kreis oppositioneller Intellektueller glaubt in dem Attentat die Handschrift wie auch den Realitätsverlust des syrischen Regimes und seiner Geheimdienste zu erkennen.

Die Verdachtsmomente gegen Syrien erhielten neue Nahrung, als der ehemalige Vizepräsident Abdelhalim Khaddam Ende Dezember 2005 in mehreren Interviews eindeutig das syrische Regime und schließlich Präsident Baschar Al-Assad selbst als Urheber des Verbrechens identifizierte. Khaddams Versuche, sich in der Folge als Integrationsfigur der syrischen Auslandsopposition und politische Alternative zum Regime zu präsentieren¹⁴ werfen jedoch die Frage auf, in welchem Maße möglicherweise politisches Kalkül hinter diesen Anschuldigungen steht.

Beobachter der syrischen Außenpolitik rätseln über die Motive, die Syrien von anfänglicher Kooperation (etwa gegen Al-Qaida) zu offener Konfrontation mit den USA und der internationalen Gemeinschaft geführt haben. Die [International Crisis Group](#) sieht die Ursache in inkompatiblen Politikansätzen: während die USA eine grundsätzliche Änderung der syrischen Außenpolitik verlangten, verfolge Syrien weiter die in vergangenen Dekaden so erfolgreiche Strategie eines strikten quid-pro-quo: genau begrenzte Zugeständnisse gegen konkret definierte Gegenleistungen. „This resulted in a dangerous dialogue of the deaf: Syrian half-measures in response to U.S demands convinced Washington that Damascus was not serious [...] by cooperating only under duress, it validated U.S. belief that pressure, not engagement - sticks, not carrots - was the key to further movement [...] the absence of reciprocal U.S. steps persuaded Damascus that Washington was seeking at best to humiliate, at worse to change its regime“¹⁵

Ausgehend von einer solchen Wahrnehmung konnten Argumente von Hardlinern überzeugen, die jedes Nachgeben – etwa im Libanon – als gefährliche Schwächung der eigenen Position innerhalb einer Konfrontation auf Leben und Tod (des Regimes) ansahen und, dem Beispiel des verstorbenen Präsidenten Hafez Al-Assad folgend, konsequentes Aushalten und Spiel auf Zeit als die erfolgversprechendere Strategie ansahen.

Eine alternative Sichtweise interpretiert den erratischen Kurs der syrischen Außenpolitik als Resultat eines internen Machtkampfes. Demzufolge habe eine Fraktion um den Präsidenten und seine Familie zwischen den Jahren 2000 und 2005 in einem lang anhaltenden Grabenkrieg innerhalb des syrischen Staats- und Parteiapparats die von Vizepräsident Abdelhalim Khaddam (seit 2005 im Exil) angeführte, von Baschar Al-Assads Vater Hafiz übernommene „Alte Garde“ von den Schaltstellen der Macht verdrängt. Im Verlauf dieser Auseinandersetzungen seien gegensätzliche außenpolitische Konzeptionen und Allianzen mit auswärtigen Akteuren (etwa mit dem für seine engen Beziehungen zu Saudi-Arabien bekannten libanesischen Premier Hariri) zu Vehikeln oder Nebenkriegsschauplätze einer im Kern innenpolitischen Konfrontation geworden.

“In this reading of events, Bashar’s burning of Franco-Syrian relations was only collateral damage in his effort to unseat Hariri – and ultimately Khaddam. In fact, he placed Syria’s foreign policy in the back seat as he tried to steer the affairs of the state in such a way as to consolidate his hold on power in Damascus. He sacrificed good relations with his neighbors and with the great powers in order to get his hands firmly on the steering wheel and shove aside the old guard.”¹⁶

Aufgrund des undurchsichtigen Charakters des syrischen Regimes bleiben solche Erklärungen notwendigerweise Spekulationen mit unsicherem Wahrheitsgehalt. Eindeutig festgestellt werden kann jedoch, dass ungeachtet der nach der Machtübernahme vor sechs Jahren geäußerten Reformrhetorik sich die Machtbasis des Regimes auf einen sehr kleinen Kreis im unmittelbaren Umfeld der Assad-Familie verengt hat.

“Bashar was faced with the choice of either relying on the old guard and becoming captive to it, or relying on his family circle and becoming hostage to it. He chose not to choose and ended up under dual control. Hafez’s successor is not Bashar alone. It is the Assad extended family and an entourage of ambitious or greedy individuals. [...] After he called on senior Syrian experts from the World Bank and the Diaspora to initiate the process, it soon became clear that no serious economic changes could be engaged without affecting the private interests of powerful individuals, and the process came to a halt.”¹⁷

Der bereits in den neunziger Jahren eingeleitete ökonomische Transformationsprozess hat diesen Analysen zufolge zu einer Bildung privat kontrollierter Monopole in wichtigen Wirtschaftsbereichen geführt, deren Bestand wesentlich von persönlichen Beziehungen zur Spitze der Machtpyramide abhängt. Entscheidend für das Ausmaß einer möglichen Öffnung des Regimes sei demnach, ob und in welchem Umfang diese Machtpositionen unter veränderten Bedingungen gehalten werden können.

„Has the state elite gone far enough into private business to secure for itself a socio-economic and political status without direct state

¹⁴ (http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/4586972.stm)

¹⁵ ([ICG Middle East Report 39](#), 12/4/2005)

¹⁶ Joshua Landis; <http://faculty-staff.ou.edu/L/Joshua.M.Landis-1/syriablog/2006/01/khaddam-damns-bashar-al-asad.htm>.

¹⁷ Bassma Kodmani, bitterlemons 41(3); 11.17/2005

*backing or control? Are the ties that bind the social carriers of private and public wealth solid enough to produce an alliance (or perhaps a party) under a different political system?”*¹⁸ fragt etwa der syrisch-libanesische Politologe Bassam Haddad – und beantwortet die Frage, wie die meisten Beobachter, überwiegend negativ.

Über die vergangen fünf Jahre hat sich die syrische Opposition mehrfach durch kollektive Manifeste sowie individuell durch zahlreiche Publikationen zu Wort gemeldet. Es bleibt jedoch zweifelhaft, inwiefern diese Aktivitäten die syrische Öffentlichkeit über einen sehr engen Kreis politisch aktiver Intellektueller hinaus erreichen oder gar mobilisieren können. Syrische Gesprächspartner, die oppositionellen Positionen mit Sympathie und dem Regime mit Ablehnung gegenüberstehen, kritisieren den oft abstrakten, ideologisch geprägten Diskurs vieler prominenter Oppositioneller.

Breitenwirkung in der Bevölkerung wird allein den ethnisch definierten Parteien der kurdischen Minderheit zugetraut, die sich durch die arabisch-nationalistische Ideologie des Regimes marginalisiert sieht, sowie islamistisch orientierten Gruppen wie der syrischen Muslimbruderschaft, die von der Verbitterung der sunnitischen Mehrheit¹⁹ über die privilegierte Position der alawitischen Minderheit im Staatsapparat profitieren.

Während die Wirkung der kurdischen Oppositionsparteien auf den kurdischen Bevölkerungsteil beschränkt bleibt, halten viele Beobachter die syrischen Islamisten potentiell für fähig, eine Mehrheit der Syrer hinter sich und gegen das Regime zu vereinen. So erwarten (oder befürchten) sie auch entsprechend, dass eine Demokratisierung diese Gruppen stärken und so zu Destabilisierung und gewaltsamen ethnischen und religiösen Konflikten führen könnte. Vertreter des Regimes ihrerseits nutzen solche Szenarien um sich auf innen- wie außenpolitischer Ebene als Garanten für Stabilität zu präsentieren und legitimieren. *“If they don't want to deal with the government of*

¹⁸ Bassam Haddad: “Reform in Syria: Waiting for the Wrong Time”; Carnegie Endowment for International Peace, 12/06/2004, verfügbar unter <http://faculty-staff.ou.edu/L/Joshua.M.Landis-1/syriablog/2004/08/bassam-haddad-on-reform.htm>

¹⁹ Das CIA World Factbook schätzt den Anteil der sunnitischen Muslime in der syrischen Bevölkerung auf 74%, während Alawiten, Drusen und andere muslimische Gruppen etwa 16% und Christen ca. 10% ausmachen; der kurdische Bevölkerungsanteil liegt demnach knapp unter 10%. (<http://www.odci.gov/cia/publications/factbook/geos/sy.html#People>) Da die große Mehrheit der (überwiegend sunnitischen) syrischen Kurden islamistische Positionen als arabischen Nationalismus in religiöser Form betrachtet und entsprechend ablehnt, beschränkt sich die potentielle Basis der syrischen Islamisten jedoch auf die arabisch-sunnitische syrische Bevölkerung (ca. 65%). Bedingt durch die politische Brisanz der demographischen Struktur und die unsichere Faktenlage können solche Zahlen jedoch stets nur eine grobe Orientierung bieten und werden vielfach angezweifelt.

Bashar al-Asad, the alternatives will be al-Qaeda, Jihadists and the Islamists generally” erklärte etwa der ehemalige außenpolitische Berater des syrischen Präsidenten Imad Shueibi gegenüber der International Crisis Group im November 2004.²⁰

Dem steht entgegen, dass sich die Auslandsorganisation der syrischen Muslimbruderschaft im Herbst 2005 mit den wichtigsten Vertretern der syrischen Opposition auf eine gemeinsame, auf eine demokratische Transformation setzende Plattform verständigt hat.²¹ Entsprechend halten auch viele säkulare syrische Oppositionelle die Szenarien einer islamistischen Machtübernahme für überzogen.

„Die ‚islamistische Gefahr‘ ist weniger eine Tatsache als ein durchsichtiger Vorwand, den das Regime mit großem Geschick nutzt, um den Status Quo zu erhalten und die chronische politische Repression in Syrien zu rechtfertigen. Der politische Islam ist zweifellos Teil der politischen und sozialen Landschaft in Syrien, aber in seiner Geschichte hat er niemals das Potential für eine Machtübernahme besessen – mit Ausnahme der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts, als es zum bewaffneten Konflikt zwischen den Muslimbrüdern und dem Regime kam. Seitdem sind zwanzig Jahre vergangen, die politische Situation hat sich vollkommen verändert und die syrische Opposition, darin inbegriffen die Muslimbrüder, haben sich vollständig von der Anwendung politischer Gewalt gelöst und bemühen sich heute um friedlichen, schrittweisen Wandel.“²²

Darüber hinaus bleibt offen, in welchem Ausmaß die vornehmlich im Exil aktiven Organisationen des politischen Islam in der Lage sein können, die erkennbar zunehmende Religiosität in weiten Teilen der syrischen Bevölkerung sowie die weit verbreitete Verbitterung über staatliche Korruption und Misswirtschaft in eine politisch wirksame Oppositionsbewegung zu verwandeln. Jüngste politische Manöver wie die Bildung der so genannten „National Salvation Front“ unter Beteiligung des langjährigen Assad-Adjutanten Abdelhalim Khaddam haben bei vielen Beobachtern innerhalb Syriens Befremden hervorgerufen und werfen die Frage auf, in welchem Maße die Exilorganisationen tatsächlich in Kontakt mit der politischen Realität im Lande stehen.

Abgesehen von Szenarien, die auf einen Staatsstreich aus dem Militär oder eine „Palastrevolution“ aus dem unmittelbaren Umfeld des Regimes setzen, bleibt so insgesamt schwer zu erkennen, welche gesellschaftlichen Gruppen zu Trägern oder Vorkämpfern eines grundlegenden Wandels in Syrien werden könnten. Die sunnitische Business-Elite mag mit ökonomischen Reformen und einer Reduzierung

²⁰ [ICG Middle East Report 39](http://www.icg.org/middle-east-report-39), 04/12/2005

²¹ Die so genannte “Damaskus-Erklärung” wurde von einer Reihe säkularer und kurdischer Parteien unterzeichnet, ihr Inhalt von der Auslandsorganisation der Muslimbruderschaft “uneingeschränkt” unterstützt. Siehe <http://faculty-staff.ou.edu/L/Joshua.M.Landis-1/syriablog/2005/11/damascus-declaration-in-english.htm>.

²² Mohamad Ali Atassi, Molhaq An-Nahar, 23/08/05.

der allgegenwärtigen und oft parasitär agierenden Geheimdienste liebäugeln, profitiert aber zugleich von politischer Protektion und privilegiertem Marktzugang und kann in jeder Konfrontation nur verlieren. Die syrische Opposition dagegen erscheint trotz aller Versuche zur Bildung einer einheitlichen Front noch immer zu fragmentiert und marginal um große Teile einer Bevölkerung zu mobilisieren, die nach fünf Dekaden oft brutaler, totalitärer Herrschaft und unter zunehmend schwierigen ökonomischen Bedingungen von politischer Apathie beherrscht ist.

4. Irak am Rande des Abgrunds

Die Spirale der Gewalt im Irak hat sich im vergangenen Jahr weiter gedreht und die Zahl der zivilen Opfer hat seit dem Ende der Kampfhandlungen im Mai 2003 mittlerweile die Marke von mindestens 40.000 Toten erreicht.²³ Nach Angaben der Organisation „Iraq Body Count“ ist die Zahl der zivilen Opfer von einem täglichen Mittelwert von zwanzig Toten im ersten Jahr der Besatzung auf etwa vierzig Tote pro Tag im Zeitraum 2005/2006 gestiegen.²⁴ Auch die Tötung des Führers der Organisation „Al-Qaida in Mesopotamien“ Abu Musab Al-Zarqawi am 07. Juni 2006 konnte die Dynamik der zunehmenden Gewalt allem Anschein nach nicht brechen. Zuletzt leitete am 09. Juli ein Massaker an 42 Zivilisten in einem sunnitischen Stadtteil von Bagdad eine Kette von Gewaltakten ein, denen innerhalb von drei Tagen wenigsten 150 Menschen zum Opfer fielen;²⁵ eine Autobombe in dem mehrheitlich von Schiiten bewohnten Ort Mahmoudieh südöstlich von Bagdad forderte eine Woche später erneut fünfzig Tote.

Die neuerliche Eskalation der Gewalt bedroht die bescheidenen Erfolge beim Aufbau des irakischen Staates, die in der zweiten Jahreshälfte 2005 zu verzeichnen waren. Nachdem der sunnitisch-arabische Bevölkerungsteil im Januar 2005 noch die Wahlen zur vorläufigen irakischen Nationalversammlung boykottiert hatte, nahmen Sunniten im Dezember in großer Zahl an der Abstimmung über die neue, föderale Verfassung des Irak teil – wenn auch mit dem (nur knapp verfehlten) Ziel, den Entwurf durch ein Nein-Votum in wenigstens drei der achtzehn irakischen Provinzen zu Fall zu bringen.

Ungeachtet der nach wie vor prekären Sicherheitslage nahmen Sunniten wiederum an den dann im Dezember abgehaltenen Parlamentswahlen teil. Den weiterhin auf Konfrontation und Boykott setzenden Gruppen der überwiegend sunnitischen „Aufständischen“ schien die Kontrolle über die Gemeinschaft zumindest teilweise zu entgleiten.

Diese auf den ersten Blick positiv erscheinende Entwicklung wurde jedoch von einer deutlichen Verschärfung der Spannungen zwischen

den religiösen und ethnischen Gruppen (sunnitische Araber, Schiiten, Kurden) begleitet. Warnungen, wonach Wahlen in Abwesenheit eines nationalen Ausgleichs zur weiteren Politisierung und Verfestigung religiöser und ethnischer Identitäten führen und so den Boden für potentiell verhängnisvolle Konflikte zwischen diesen Gruppen bereiten könnten,²⁶ haben sich bestätigt. „*Looking back on the events of the past year, it is clear that the three different popular votes which were held in Iraq (...) played a big part in whipping up the violence. People who had tended to regard themselves primarily as Iraqis were suddenly forced to focus on the fact that they belonged to a particular group: Sunni, Shia, Kurdish, Christian or whatever. The act of voting was as divisive as it was empowering, and the fact that it happened three times in 11 months added to the intensity of the problem.*“²⁷

Möglicherweise in Reaktion auf erste Erfolge bei der Einbindung der sunnitisch-arabischen Iraker in den politischen Prozess zielen die Terroranschläge der Aufständischen nun erkennbar darauf, einen Bürgerkrieg zwischen Sunniten und Schiiten zu provozieren, um so den Staatsaufbau scheitern zu lassen und ihren vormaligen Einfluss unter den Sunniten wiederzuerlangen. Allen voran erklärte Abu Musab Al-Zarqawi im September 2005 der schiitischen Gemeinschaft den „totalen Krieg“,²⁸ nachdem bereits seit Beginn des Jahres eine deutliche Zunahme der Anschläge auf schiitische Ziele zu verzeichnen war.²⁹ Ein Bombenanschlag auf die Al-Askari Moschee in Samara, eines der höchsten schiitischen Heiligtümer, führte Ende Februar 2006 zu tagelangen Unruhen und interkonfessioneller Gewalt.

Berichte aus verschiedenen Regionen legen nahe, dass eine zunehmend größere Zahl von Irakern aus solchen Gebieten flieht, in denen sie Teil einer ethnischen oder religiösen Minderheit sind. Eine „Entmischung“ des irakischen Bevölkerungsmosaiks, ähnlich den „ethnischen Säuberungen“ im ehemaligen Jugoslawien, schreitet mit großen Schritten voran und könnte zum Zerfall des Landes in drei überwiegend mono-ethnische oder mono-konfessionelle Teilregionen führen. In der Hauptstadt Bagdad sprechen Beobachter schon jetzt von „konfessionellen Ghettos“ außerhalb der schwer gesicherten internationalen „grünen Zone“.³⁰

Schiitische Kleriker und Politiker haben demgegenüber zwar konstant zur Mäßigung aufgerufen, gleichzeitig etablierte jedoch der von der pro-iranischen SCIRI ([Supreme Council for the Islamic Revolution in Iraq](#)) gestellte irakische Innenminister Bayan Jabr geheime Foltergefängnisse und Todesschwadronen, deren Opfer vornehmlich

²³ Siehe <http://www.iraqbodycount.org/>

²⁴ <http://www.iraqbodycount.org/press/pr13.php>

²⁵ <http://www.middle-east-online.com/english/?id=16957>

²⁶ http://www.boell.de/de/05_world/3119.html

²⁷ http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/4754472.stm

²⁸

<http://www.washingtoninstitute.org/templateC05.php?CID=2400>

²⁹ <http://www.commondreams.org/headlines05/0121-09.htm>

³⁰ <http://www.middle-east-online.com/english/?id=16913>

Sunniten waren³¹ und bestärkte so sunnitische Befürchtungen, in einem mehrheitlich schiitischen Irak zu Zielen und Opfern staatlicher Willkür zu werden. Der niedrige sunnitische Anteil innerhalb der im Aufbau befindlichen irakischen Polizei- und Sicherheitskräfte (politische Überzeugung, sozialer Druck und Drohungen von Seiten der Aufständischen führen zu einer sehr geringen Zahl von sunnitischen Freiwilligen) trägt weiter zu diesem Misstrauen bei.

Eine unbekannte Größe bleibt schließlich die Gefolgschaft des schiitischen Predigers Moqtada Al-Sadr, der mit 32 Abgeordneten sowie einer Miliz von ca. 10.000 Bewaffneten und einer breiten Gefolgschaft besonders unter marginalisierten Schiiten erheblichen Einfluss auf Beruhigung oder Eskalation der Ereignisse ausüben könnte. Während Sadr bis in die jüngste Vergangenheit den amerikanischen ebenso wie den iranischen Einfluss im Irak bekämpft und politische Gemeinsamkeiten mit den sunnitischen Aufständischen auf der Basis eines nationalistisch-arabisch-irakischen Kurses gesucht hat, deuten aktuelle Berichte auf Beteiligung der Sadr-Miliz an Massakern gegen Sunniten hin. Sollte auch die Sadr-Bewegung mit ihrer nur schwer kontrollierbaren Massenbasis in der schiitischen Bevölkerung in den Strudel konfessioneller Gewalt und Gegengewalt gezogen werden, erscheint ein Eindämmen des Konfliktes nur noch schwer vorstellbar.³²

Unter diesen Bedingungen scheinen die Optionen der internationalen Gemeinschaft und der Staaten der Irak-Koalition beschränkt und die Aussichten auf eine baldige Besserung der Situation gering. *“The American strategy is (...) to push the Iraqi factions toward a government of national unity, so that political compromise will drain away support for the violence, while the Iraqi security forces become capable national institutions. (...) But if a government forms and the violence—whether sectarian, insurgent, criminal, or some indistinguishable mixture of them all—continues at this extraordinary level, or even intensifies, the U.S. will have played its last card. Then there will be no more milestones to celebrate, only the incremental effort of fighting an insurgency and rebuilding a failed state, without the prospect of a dramatic turn that could restore the support of the American public. People with experience in insurgencies talk about five, eight, ten years.”*³³

Angesichts solch düsterer Aussichten sucht die nach monatelangem Stillstand schließlich formierte Regierung unter Premierminister Nouri Al Maliki den Dialog mit zumindest einem Teil der Aufständischen (jedoch nicht mit Anhängern von Al-Qaida) sowie ehemaligen Mitgliedern der Baath-Partei, die grundsätzlich zur Zusammen-

arbeit bereit sind,³⁴ und bemüht sich gleichzeitig, die Präsenz der Milizen zurückzudrängen.³⁵ Es bleibt abzuwarten, in welchem Maße eine solche Strategie geeignet ist, der Gewalt Einhalt zu gebieten und den Zerfall des Irak in ethnisch/religiös bestimmte, nur noch auf dem Papier eine Einheit bildende Kleinstaaten zu verhindern.

Ausblick

Die Ereignisse des vergangenen Jahres haben die der „Broader Middle East Initiative“ zugrunde liegende Hypothese erschüttert, Reform und demokratischer Fortschritt könnten auch ohne eine Lösung des bestimmenden regionalen Konflikts erreicht werden und die Beseitigung des Regimes im Irak werde eine Katalysatorwirkung auf die Region haben. Islamitische Bewegungen ebenso wie autoritäre Regime (Syrien, Iran) beziehen weiterhin einen erheblichen Teil ihrer „Legitimation“ aus der Fortdauer dieses Konflikts, erhalten zunehmende Popularität und bergen wie im aktuellen Krieg zwischen Hisbollah und Israel ein gefährliches Konfliktpotential in sich.

Aus europäischer Sicht scheinen die Ereignisse des Berichtszeitraums die Schlussfolgerung nahe zu legen, dass Veränderung und Reform am ehesten durch einen langfristig angelegten Dialog unterstützt werden können, der eine geduldige Förderung gesellschaftlicher Akteure beinhaltet, die sich Reformforderungen gemäß den lokalen Gegebenheiten und Möglichkeiten zu eigen machen und im Moment der Krise gesellschaftliche und politische Verantwortung übernehmen können. Druck auf und Dialog mit undemokratischen Regierungen und Regimen kann solche Bemühungen flankieren und den Spielraum dieser Akteure erweitern. Gleichfalls dürfte ein Dialog mit islamistisch orientierten moderaten Bewegungen, vor allem aber demokratisch gewählten Regierungen wie in Palästina und Iran dringend notwendige Einflussmöglichkeiten schaffen bzw. aufrecht erhalten.

31

<http://www.cnn.com/2005/WORLD/meast/11/17/iraq.detainees/index.html>

32 <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?l=1&id=4210>

33

http://www.newyorker.com/fact/content/articles/060410fa_fact2

34 Diese Offerte erscheint um so bedeutsamer, als Al Maliki selbst stellvertretender Leiter der umstrittenen „De-Baathifizierungskommission“ war, die die Entlassung der meisten nun umworbene ehemaligen Baathisten verfügte.

35 <http://archive.gulfnews.com/articles/06/06/25/10049368.html>